

DGB-Marshallplan: Europa altersgerecht umbauen

Europa altert. In keiner anderen Weltregion ist der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung so gering wie auf dem alten Kontinent. Auch wenn langfristigen Bevölkerungsprognosen mit Skepsis begegnet werden sollte: Nach Schätzungen wird Mitte des Jahrhunderts ein Drittel der Europäerinnen und Europäer über 65 Jahre alt sein. Nun wird diese Generation wesentlich fitter sein als die Rentner vor 40 Jahren. Trotzdem ist für den öffentlichen Raum wie für das private Wohnumfeld mit erheblichem Investitionsbedarf zu rechnen, will man Mobilität und Lebensqualität erhalten.

Die jüngst begonnene Debatte um die viele Menschen bedrohende Altersarmut unterstreicht den Handlungsbedarf noch. Allein in Deutschland ist nur ein Prozent des Wohnungsbestandes altersgerecht ausgestattet - also weniger als 400.000 Wohnungen. So müssen hierzulande in den nächsten sieben Jahren mindestens weitere 800.000 Wohnungen entsprechend umgerüstet oder neu gebaut werden, um dem wachsenden Bedarf an ambulanter Pflege gerecht werden zu können. Natürlich so, dass die Mieten für die Betroffenen erschwinglich bleiben.

Denn wer länger zu Hause lebt, muss später oder gar nicht ins Alters- bzw. Pflegeheim. Das ist der Wunsch der meisten Seniorinnen und Senioren und entlastet vor allem die Pflegeversicherung.

Die Situation in den anderen EU-Ländern ähnelt der von Deutschland. Sie ist zum Teil sogar schlechter. Der Bedarf nach altersgerechtem Wohnen liegt europaweit sogar weit über dem gesamten Neubaubedarf. Kurzum: Europa muss altersgerecht umgebaut werden.

Um Europa zukunftsfähig zu machen, müssen deshalb unsere Städte und Gemeinden, die Nah- und Fernverkehrsmittel, die öffentliche Infrastruktur und nicht zu-

letzt unsere Wohnungen mit massiven Investitionen auf die Alterung der Gesellschaften vorbereitet werden. Die Zeit drängt! Insgesamt ist Europa unzureichend auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereitet.

Deshalb müssen künftig Neu- und Altbauten nur alters- und am besten sogar behindertengerecht gebaut bzw. umgebaut und saniert werden. Das ist sozialpolitisch gerechtfertigt und zudem ökonomisch sinnvoll. Im Gegenzug sollen solche Maßnahmen von einem umfassenden Förderprogramm begleitet werden.

Um diese Modernisierungen gerade in den Krisenzeiten stärker als bisher zu forcieren, schlägt der DGB in seinem „Marshallplan für Europa“ (www.dgb.de) vor, den Neubau und die entsprechende Sanierung von Altbauten zusätzlich mit sieben Milliarden Euro im Jahr zu fördern. Europaweit können damit zinsgünstige Kredite, Investitionszulagen und steuerliche Anreize finanziert werden. Solche Investitionen sorgen für Wachstum sowie neue Jobs und werden den Herausforderungen der europäischen Gesellschaften von morgen gerecht. Und das ist nötig - sonst geht Europa irgendwann am Stock!

